

ZYPERN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit dem griechischen Putsch und der darauf folgenden türkischen Besetzung im Jahr 1974 ist die Insel Zypern geteilt. Die griechisch-zypriotische Volksgruppe lebt südlich der Trennungslinie in der international anerkannten Republik Zypern. Die türkischen Zypriot_innen leben im Nordteil der Insel, der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ), die jedoch international nicht anerkannt ist.¹

Neue Entwicklungen im Friedensprozess Zyperns hat es im Jahr 2020 nicht gegeben. Dennoch war das Jahr von einer dramatischen Eskalation der Spannungen zwischen griechischen Zypriot_innen auf der einen und der Türkei und den türkischen Zypriot_innen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Gegenstand des Konflikts, in dem auch Griechenland verwickelt wurde, waren die Öl- und Gasvorkommen vor der Küste Zyperns.

Der Nordteil Zyperns litt in diesem turbulenten Jahr weiterhin unter chronischer politischer und wirtschaftlicher Instabilität. Denn das Jahr war nicht nur von der Corona-Pandemie überschattet, sondern stand auch im Zeichen einer der umstrittensten Präsidentschaftswahlen seit Jahrzehnten. Der Wahlprozess zog sich wegen der Pandemie von Februar bis Oktober hin und führte kurz vor der ersten Wahlrunde im Oktober zum Zerfall der regierenden Koalition aus UBP (Nationale Einheitspartei) und HP (Volkspartei). Dadurch wurde die Regie-

rung praktisch handlungsunfähig, bis im Dezember schließlich eine Minderheitsregierung zustande kam.

Aufgrund von Covid-19 hatte das Parlament der TRNZ eine Verschiebung der Präsidentschaftswahl vom 26. April auf den 11. Oktober beschlossen. Der Amtsinhaber, Mustafa Akinci, blieb daher bis zum neuen Wahltermin im Amt. Der Premierminister, Ersin Tatar (UBP), setzte sich in einer Stichwahl am 18. Oktober mit 51,7 Prozent der Stimmen gegen Akinci durch. Akinci protestierte öffentlich gegen die massive Einflussnahme Ankaras zugunsten von Tatar. Er ging jedoch nicht so weit, das Wahlergebnis anzufechten. Auch andere Präsidentschaftskandidaten brachten ihre Unzufriedenheit mit Ankaras Einflussnahme mehr oder weniger stark zum Ausdruck. Zu diesen gehörten unter anderem Tufan Erhürman, Parteiführer der größten Oppositionspartei – der Republikanisch-Türkischen Partei (CTP) – sowie der unabhängige Kandidat, Serdar Denktas, und der stellvertretende Premierminister und Präsidentschaftskandidat, Kudret Özersay (HP).

Vor allem die überraschende Entscheidung, die als militärisches Sperrgebiet unzugängliche Vorstadt Varosha teilweise wieder zu öffnen, die Ersin Tatar auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Präsidenten Erdogan am 6. Oktober bekannt gab, wurde als klares Zeichen der Unterstützung Tatars durch Ankara gedeutet. Omer Celik, Sprecher der türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung), machte nach Tatars Wahlsieg keinen Hehl daraus, wie sehr seine Partei den Abgang von Akinci als Präsident begrüßt, und erklärte, mit der Wahl von Tatar sei eine neue Ära positiver Beziehungen zu Ankara angebrochen.

Die überraschende »Öffnung von Varosha« führte auch zum Ende der Koalition von UBP und HP. Kudret Özersay (HP), stellvertretender Premierminister und Außenminister, erklärte, er sei nicht über diesen Schritt informiert worden, und entzog der Regierung die Unterstützung seiner Partei als Koalitionspartner. Dabei beschuldigte er Tatar, die »staatlichen Organe nicht anzuerkennen« und »seiner Verantwortung gegenüber seinem Koalitionspartner nicht gerecht zu werden«. Zu einer Kabinettsumbildung kam es jedoch erst nach der

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Republik Türkei als Staat anerkannt. Für die Türkei und die türkischen Zypriot_innen ist Ersin Tatar rechtmäßiger Präsident der TRNZ. Die internationale Staatengemeinschaft betrachtet ihn dagegen als Vertreter der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Da die Regierung der Republik Zypern auf internationaler Ebene als Regierung der gesamten Insel angesehen wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire der EU ist im Norden jedoch bis zur Lösung der Zypernfrage ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

zweiten Wahlrunde, da Tatar den Regierungsrücktritt nicht beim Präsidenten eingereicht hatte. In der dadurch ausgelösten Regierungskrise gab es in der TRNZ im Monat November keinen Premierminister. Tatar hat sich geweigert, einen geschäftsführenden Ministerpräsidenten zu benennen, und dadurch ein politisches Vakuum geschaffen. Erschwert wurde die Regierungsbildung zudem dadurch, dass die UBP keinen neuen Parteiführer als Nachfolger für Tatar wählte, der das Amt nach seiner Wahl zum Präsidenten wie in der Verfassung vorgesehen niedergelegt hatte. Grund dafür war angeblich, dass Ankara mit keinem der beiden für die Stichwahl vorgesehenen Kandidaten zusammenarbeiten wollte. Schließlich wurde der Generalsekretär der UBP ohne Wahl zum neuen Parteichef ernannt und am 4. Dezember gaben die Vorsitzenden der UBP, der DP (Demokratische Partei) und der YDP (Partei der Wiedergeburt) die Bildung einer Minderheitsregierung aus ihren Parteien mit jeweils 19, 3 und 2 Abgeordneten bekannt. Drei weitere Abgeordnete, die am Tag zuvor aus der HP ausgetreten waren, unterstützten ebenfalls die neue Koalitionsregierung. Die Koalitionspartner einigten sich auch auf die Durchführung einer vorgezogenen Wahl im Oktober 2021.

Die teilweise Öffnung des abgesperrten Vorstadtbezirks Varosha wurde sowohl von den Vereinten Nationen als auch von der EU stark kritisiert. Dennoch rückte die Zustimmung der Konfliktparteien zu einer informellen Konferenz, auf der untersucht werden sollte, ob es eine ausreichende gemeinsame Basis für die Wiederaufnahme zielführender Verhandlungen zur Lösung des Zypernkonflikts gäbe, gegen Jahresende in greifbare Nähe – obwohl bei der Präsidentschaftswahl im Norden Zyperns im Oktober der Hardliner Ersin Tartar an die Stelle des moderaten Mustafa Akinci getreten war.

Im März 2020 wurde Zypern von der Corona-Pandemie erfasst, die man zunächst auf beiden Seiten der Insel relativ gut im Griff hatte. Eine Folge dieser Krise war die Schließung der Übergänge zwischen den beiden Inselteilen. Auch nachdem sich die Lage im Sommer etwas entspannte, blieb die Überquerung dieser Übergänge für den Rest des Jahres schwierig und Kontakte zwischen den beiden Volksgruppen waren weiterhin stark eingeschränkt. Im Herbst kam es zu einem rapiden Anstieg der Infektionsraten sowohl im Nord- als auch im Südteil der Insel. Zum Jahresende waren im Süden 22 651 Fälle von Covid-19-Erkrankungen diagnostiziert und 125 Todesfälle gemeldet worden – 76 davon allein im Monat Dezember. Die ersten Impfungen im Süden Zyperns fanden am 27. Dezember statt. Der Norden befand sich aufgrund der Abkapselung der türkischen Zypriot_innen in einer vergleichsweise besseren Situation. Dort waren zum Jahresende nur 7 Menschen aufgrund einer Covid-19-Infektion verstorben und nur 1 532 waren erkrankt. Impfstoffe waren allerdings im Jahr 2020 noch nicht verfügbar.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Wirtschaft der Republik Zypern basiert größtenteils auf dem Dienstleistungssektor. Dazu gehören Tourismus, Finanzdienstleistungen und die Immobilienbranche, die zusammen

fast 80 Prozent des BIPs erwirtschaften. Die Beiträge der Industrie und der Landwirtschaft zum BIP liegen hingegen bei nur zehn bzw. zwei Prozent. Nach fünf Jahren stetigen Wachstums seit der Finanzkrise im Jahr 2013 befindet sich die Wirtschaft im Südteil der Insel aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie erneut in der Rezession. Allein im Tourismussektor, dem wichtigsten Wirtschaftssektor der Republik, war im gesamten Jahr 2020 ein Rückgang von 84,1 Prozent zu verzeichnen. Schätzungen zufolge schrumpfte die Wirtschaft im gleichen Jahr um 5,1 Prozent. Die Zahl gemeldeter Arbeitsloser stieg im ersten Quartal 2021 im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres von 26 062 auf insgesamt 32 685. Die jährliche Arbeitslosenquote war im Jahr 2020 um 0,5 Prozent höher als im Vorjahr und lag bei 7,6 Prozent gegenüber 7,1 Prozent in 2019.

Die Regierung der Republik Zypern reagierte auf die Corona-Krise mit einem massivem Investitionsprogramm. In einer Länderanalyse des Beratungsunternehmens Sapienta Economics wird geschätzt, dass sich das finanzpolitische Unterstützungspaket zum Ende des Jahres 2020 auf insgesamt 1,8 Mrd. EUR bzw. ca. 8,5 Prozent des BIP belief. Dadurch war am Jahresende 2020 ein Anstieg der Gesamtverschuldung auf 25,0 Mrd. EUR bzw. 119,6 Prozent des BIP gegenüber 94 Prozent des BIP im Jahr 2019 zu verzeichnen. Die hohen Investitionsausgaben in 2020 dürften auch zum Absinken der Armutsquote während der Pandemie beigetragen haben. So ging der Bevölkerungsanteil derjenigen, die von »erheblicher materieller Entbehrung« betroffen waren, von 9,1 Prozent im Jahr 2019 auf 8,4 Prozent im Jahr 2020 zurück.

Wie überall in der Welt war das Jahr 2020 auch für die türkisch-zypriotische Wirtschaft kein gutes Jahr. Obwohl zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts keine offiziellen Wachstumszahlen vorlagen, schrumpfte das BIP im Jahr 2020 nach Schätzungen der türkisch-zypriotischen Handelskammer um 11,04 Prozent. Nach Angaben des Handelsministeriums verzeichnete die TRNZ einen Anstieg der Exporttätigkeit um 23 Prozent von 82,5 Millionen US-Dollar im Vorjahr auf 101,1 Millionen US-Dollar im Jahr 2020. Bei den Importen war dagegen im gleichen Zeitraum ein Rückgang um 23 Prozent von 1,59 Mrd. US-Dollar auf 1,22 Mrd. US-Dollar zu verzeichnen – ein weiteres Anzeichen für eine starke Konjunkturabschwächung. Die Inflationsrate in der TRNZ betrug 15 Prozent. Zwischen dem vierten Quartal 2019 und dem vierten Quartal 2020 verlor die türkische Lira der türkisch-zypriotischen Zentralbank zufolge fast 40 Prozent ihres Wertes gegenüber anderen Währungen. Die Kaufkraft der Bürger_innen wurde dadurch drastisch gemindert.

Die beiden Hauptantriebskräfte der Wirtschaft – Tourismus und der Hochschulsektor – waren besonders schwer von der Coronakrise betroffen. Die Zahl der Einreisenden sank im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 77,8 Prozent und der Auslastungsgrad touristischer Einrichtungen, der 2019 noch 50,4 Prozent betrug, lag 2020 bei nur 16,9 Prozent. Zudem blieb ein Großteil der ausländischen Studierenden den Universitäten der TRNZ fern, da sie, nachdem diese auf Online-Unterricht umgestellt hatten, von zu Hause aus studieren konnten.

Der im Oktober 2020 durchgeführten jährlichen Arbeitskräfteerhebung in Haushalten zufolge verzeichnete die TRNZ eine Arbeitslosenquote von 10,1 Prozent, wobei die Jugendarbeitslosigkeit 29,3 Prozent betrug. Auch an diesen beiden Zahlen zeigt sich eine Verschlechterung der Konjunktorentwicklung gegenüber dem Vorjahr, als diese Quoten noch bei 6,3 Prozent bzw. 19,4 Prozent lagen. Dabei waren Frauen sehr viel häufiger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. So lag die Arbeitslosenquote für Frauen bei 12,2 Prozent und für weibliche Jugendliche bei 34,8 Prozent, wohingegen die Quoten für Männer und männliche Jugendliche nur 9 bzw. 25,6 Prozent betragen. Auch der Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung blieb mit 37,9 Prozent weiterhin eher niedrig.

Nach offiziellen Angaben beliefen sich ihre Ausgaben für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie auf insgesamt 1 153 Millionen TL. Ein Großteil der bereitgestellten Mittel beruhte auf Darlehen und Zuschüssen der Türkei und auf Einsparungen bei Ausgaben im eigenen Land. Die TRNZ kann auf internationale Kredit- und Kapitalmärkte nicht zugreifen, was die sozialen Auswirkungen der Krise auf die türkisch-zypriotische Bevölkerung noch verschlimmert.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Republik Zypern

In den ersten Monaten des Jahres 2020, im Kontext einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung, arbeiteten die Gewerkschaften weiterhin auf ihr Ziel hin, einen Ausgleich der Verluste zu erreichen, die Arbeitnehmer_innen aufgrund der Finanzkrise von 2013 entstanden waren. Durch die Covid-19-Pandemie wurde aber eine neue Krise ausgelöst, von der die meisten Arbeitnehmer_innen und insbesondere Beschäftigte in den Sektoren mit zentraler Bedeutung für die Wirtschaft betroffen waren. Das Jahr 2020 hatte in vieler Hinsicht beispiellose Folgen für das politische, soziale und geschäftliche Leben, die überall auf der Welt zu spüren waren. Dies gilt auch für die Gewerkschaften in Zypern. Zu Beginn der Pandemie war die Gewerkschaftsarbeit für einige Monate mehr oder weniger zum Stillstand gekommen. Doch danach passten sich die Gewerkschaften schnell den neuen Gegebenheiten an. Sie stellten Forderungen nach Arbeitsbedingungen, die den besonderen Umständen der Pandemie angemessen sind, und kämpften vor allem gegen die enormen Auswirkungen der Pandemie auf viele Branchen der Wirtschaft. Am schwersten waren dabei das Hotel- und Gastgewerbe sowie die Tourismusindustrie betroffen. Da die meisten Einzelhandelsunternehmen und Hotels aufgrund der anhaltenden Pandemie schließen mussten und der Tourismus den stärksten Rückgang seit 1983 verzeichnete, befanden sich auch die zuständigen Gewerkschaften nahezu permanent im Konflikt mit Arbeitgebern in diesem Sektor. Ein Grund für die Auseinandersetzungen war, dass es weder auf Arbeitgeberseite noch in der Regierung eine Strategie zur Bewältigung der sozialen Krise gab. Auf der einen Seite handelten Arbeitgeber in vielen Fällen im Alleingang mit willkürlichen Gehaltskürzungen und Entlassungen. Auf der anderen

Seite waren die Maßnahmen der Regierung zur Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen problematisch und unzureichend. Bestimmte Berufsgruppen blieben bei den Maßnahmen oft ganz außen vor, wie zum Beispiel Künstler_innen, Saisonarbeiter_innen und ähnliche Gruppen. Auch in Bezug auf die rechtlichen Aspekte von Sonderleistungen stellten Gewerkschaften im Verlauf des Jahres immer wieder Forderungen, denn hier gab es Probleme hinsichtlich der Anspruchsberechtigung und der Einbeziehung bzw. Ausgrenzung bestimmter Arbeitnehmergruppen.

Um nur ein Beispiel zu nennen, gab es Proteste der Gewerkschaften im Juli 2020, nachdem die Regierung Hotelangestellten keinen Anspruch auf Arbeitslosen-Sonderleistungen zuerkannte, die 60 Prozent ihrer Vergütung gedeckt hätten. Eine von der Regierung geforderte Voraussetzung für die Anspruchsberechtigung war die Fortzahlung von 2,8 Prozent der Löhne der Hotelangestellten durch ihre Arbeitgeber außerhalb der Saison. Dies wurde von den Hotelbesitzern jedoch abgelehnt.

Generell betonten die Gewerkschaften, dass sie Verstöße gegen wesentliche arbeitsrechtliche Bestimmungen, wie zum Beispiel Vergütung, Überstunden oder vereinbarte Verträge, nicht hinnehmen würden. Vielfach ermunterten sie Arbeitnehmer_innen dazu, bei ihren Gewerkschaften oder dem Arbeitsministerium Beschwerden einzureichen. Besonders schwere Verstöße gab es im Hotel- und Gastgewerbe und im Öffentlichen Personenverkehr.

So waren im letztgenannten Sektor grundlegende Bestimmungen der Kollektivvereinbarungen, die erst kurz zuvor zustande gekommen waren, mehrfach verletzt worden, und im Hotel- und Gastgewerbe hatten sich viele Arbeitgeber geweigert, ein 13. Monatsgehalt auszuzahlen. In beiden Fällen kamen die Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite jedoch zu keinem Ergebnis und wandten sich daher mit der Bitte um Schlichtung oder Unterstützung an das Arbeitsministerium.

Zudem warf die anhaltende, pandemiebedingte Krise neue Fragen in Bezug auf Arbeitskämpfe auf. Zum ersten Mal waren Gewerkschaften mit einer völlig neuen Situation und neuen Arbeitsbedingungen konfrontiert, wie zum Beispiel Homeoffice und flexiblere Arbeitsformen. Durch die Verlagerung der Arbeit in die Privatwohnung der Beschäftigten werden auch die Arbeitszeiten immer fließender. Das macht die Aufgabe der Gewerkschaften schwieriger, da Beschäftigte zunehmend isoliert sind und keinen gemeinsamen Bezugspunkt oder Arbeitsort mehr haben.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Besonders erwähnenswert in Bezug auf die Arbeit der Gewerkschaften in der TRNZ im Jahr 2020 ist ihre klare Positionierung bei den Präsidentschaftswahlen. Kurz vor der Stichwahl hatten sie ihre uneingeschränkte Unterstützung des amtierenden Präsidenten verkündet und dabei auch sein Lösungsmodell für den Zypernkonflikt, das mit den Kriterien der

Vereinten Nationen übereinstimmte, befürwortet. Acht der 15 Mitglieder der Gewerkschaftsplattform, der 15 Gewerkschaften aus dem linken Spektrum angehören, haben sich in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen für den amtierenden Präsidenten, Mustafa Akinci, ausgesprochen. Die Plattform gab dazu folgende Erklärung ab: »Wir stehen vor einem Referendum in der zweiten Wahlrunde« und »die Plattform entscheidet sich für eine föderale Lösung, Säkularität und Freiheit und gegen Diskriminierung, Sezession und Unterwerfung«. Des Weiteren wurde betont, dass eine »föderale Lösung das gemeinsame Ziel aller Gewerkschaften ist, die der Plattform angehören«. Nach der Wahl erklärte die Plattform, sie würde das Wahlergebnis aus dem Grund nicht anerkennen, dass eine direkte und offene Einmischung Ankaras und der Partei des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, AKP, stattgefunden habe. Nach dieser Stellungnahme verfolgte die Plattform diese Position jedoch nicht weiter. Die Plattform bezeichnete die Wahl Tatars als den ersten Schritt im Prozess der Annexion des Nordens durch die Türkei und betonte abschließend, dass sie den Kampf zum Schutz der Rechte der türkischen Zypriot_innen und ihre Bemühungen um die Wiedervereinigung der Insel nicht aufgeben würde. Folgende Gewerkschaften unterzeichneten die Erklärung der Plattform: die Türkisch-zypriotische Lehrgewerkschaft (KTÖS), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer_innen (KTOEÖS), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (KTAMS), der Türkisch-zypriotische Gewerkschaftsbund revolutionärer Arbeiter (Dev-İş), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft für Beschäftigte im Pressewesen (Basin-Sen), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Staatsangestellten (Çağ-Sen), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft genossenschaftlicher Arbeiter_innen (Koop-Sen) und der Türkisch-zypriotische Gewerkschaftsbund (Türk-Sen).

Bemerkenswert war auch eine politische Aktion im September des Jahres, als die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (KTAMS) Klage beim obersten Verwaltungsgericht auf Streichung von befristeten Stellen im öffentlichen Sektor erhob, die von der UBP/HP-Koalitionsregierung im Vorfeld der Präsidentschaftswahl geschaffen worden waren. Begründet wurde die Klage damit, dass diese Stellen klientelistisch seien und dem Gleichstellungsgrundsatz der Verfassung widersprächen. Güven Bengihan, der Präsident von KTAMS, führte dazu aus, dass die Regierung nur wenige Tage vor den Wahlen üblichen Einstellungsverboten »ihre Parteimitglieder und -anhänger und deren Angehörige ohne vorherige Eignungsprüfung oder [objektive] Kriterien in staatlichen Einrichtungen und Organisationen« eingestellt habe.

Wie bereits im Jahr 2019, drehte El-Sen, die Gewerkschaft für Beschäftigte der Elektrizitätsbehörde (Kib-Tek), auch in 2020 wieder in verschiedenen Ministerien, Stadtverwaltungen, Universitäten, Hotels und Unternehmen den Strom ab, um sie damit zur Zahlung überfälliger Schulden zu zwingen. El-Sen erklärte, dass Kib-Tek auf einem Berg unbezahlter Rechnungen in Höhe von ca. 900 Millionen TL (95,7 Millionen Euro) sitze und die Gewerkschaft mit ihrer einseitigen Aktion diese Schulden eintreiben wolle. Diesen drastischen Schritt ergriff El-Sen, nachdem Unternehmen, Organisationen und auch Einzelpersonen mit hohen unbezahlten Rechnungen in einer am Mo-

natsanfang veröffentlichten Liste namentlich genannt und angeprangert worden waren. Den Hintergrund dieser Aktion bildeten weiter reichende Spannungen zwischen der Gewerkschaft und der Regierung: Während die Regierung auf eine Verbindung des Stromnetzes mit der Türkei drängt, ist die Gewerkschaft besorgt, dass damit die gesamte Kontrolle über die Stromversorgung in die Türkei verlagert würde. Dies würde der Elektrizitätsbehörde Kib-Tek ihre Befugnisse entziehen und könnte deren schrittweise Auflösung zur Folge haben.

Im Dezember tagte die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns, um zum zweiten Mal einen Mindestlohn für das Jahr 2020 festzulegen. Es handelte sich dabei jedoch nur um erste Sondierungsgespräche, in denen die Verhandlungsparteien ihre Positionen darlegten. Der Arbeitgebervertreter bemerkte dazu, dass »Arbeitgeber wegen der Pandemie ebenfalls in einer schwierigen Situation« seien und die Zahlung des derzeitigen Mindestlohns sich bereits als schwierig erweise. Der Arbeitnehmer_innenvertreter erklärte, dass die Regierung »Beschäftigte im Privatsektor im Stich gelassen« habe. Bei der ersten Mindestlohnfestlegung des Jahres im Februar 2020 lag dieser bei ca. 545 Euro. Zum Zeitpunkt der zweiten Tagung war er jedoch aufgrund des rapiden Kursverlustes der türkischen Lira auf nur 355 Euro gesunken. Während der Tagung fand vor dem Arbeitsministerium eine Protestveranstaltung der Plattform für Arbeit (Emek) statt. Die Forderung dieser Plattform, der neun Gewerkschaften (Hak-Sen, KTÖS, Güç-Sen, El-Sen, Vergi-Sen, Hazine-Sen, Basin-Sen, KTOEÖS, Koop-Sen) angehören, lautete, dass der Mindestlohn von der niedrigsten Gehaltstufe im öffentlichen Dienst abhängig gemacht werden sollte. Da bei Stellen im öffentlichen Dienst die Gehälter den Lebenshaltungskosten gemäß angepasst werden, sind diese vor hohen Inflationsraten geschützt.

GEWERKSCHAFTEN IN ZYPERN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Republik Zypern

Seit der späten Kolonialzeit gab es in der Republik Zypern bereits Ansätze eines tripartiten Systems, das in den ersten Jahren der Republik ausgebaut und weiter gefestigt wurde. Dabei handelte es sich um ein System institutionalisierter Mitbestimmung und Beratung zwischen Arbeitnehmer_innen- und Arbeitgebervertreter_innen unter staatlicher Regie. In der Krisensituation, die nach dem Krieg von 1974 in der griechisch-zypriotischen Volksgruppe herrschte, wurde dieses System weiter vorangetrieben, verstärkt und formalisiert, doch wurde ihm keine verbindliche Rechtswirkung beigemessen. Vor dem Hintergrund weiterreichender Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes, akzeptierten die Gewerkschaften Lohn- und Gehaltskürzungen sowie das vorübergehende Einfrieren von Zusatzleistungen. Das 1977 eingeführte Gesetzbuch für industrielle Beziehungen (Industrial Relations Code), welches von den wichtigsten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unter staatlicher Aufsicht ausgehandelt und beschlossen worden war, diente in Wort und Geist als

Grundlage für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen für mehr als drei Jahrzehnte. Ihre Mitwirkung an einer Reihe von gemeinsamen Ausschüssen in den 1980er- und 1990er-Jahren ermöglichte den Gewerkschaften einerseits, politischen Einfluss zu nehmen, zwang sie aber andererseits auch dazu, eine weniger auf Konfrontation ausgerichtete Haltung einzunehmen. Der Einfluss der Gewerkschaften auf politische Entscheidungen erstreckte sich allerdings nie auf Belange staatlicher Wirtschaftspolitik.

Nachdem sich die politische Landschaft in den 1980er-Jahren in Form eines Vier-Parteien-Systems stabilisiert hatte, verzeichneten die Gewerkschaften eine erhebliche Zunahme ihrer Mitgliederzahlen und finanziellen Mittel und konnten ihren Gewerkschaftsapparat vergrößern. Politisch standen sie allerdings weiterhin stark unter dem Einfluss ihrer jeweiligen Partei, für die sie als eine Art »Übertragungsorgan« fungierten. Neben dem Panzypriotischen Gewerkschaftsbund PEO, der sich direkt an der linken Partei AKEL ausrichtet, und dem Zypriotischen Arbeitnehmer_innenverband SEK, der indirekt den konservativen Parteien DISY und DIKO zuzuordnen ist, entstand mit dem Demokratischen Gewerkschaftsbund Zyperns, DEOK, ein weiterer kleinerer Gewerkschaftsdachverband, der sich vom SEK abspaltete und direkt an der sozialdemokratischen Partei EDEK ausgerichtet ist.

Die zunehmende Öffnung Zyperns im Außenwirtschaftsbe- reich in den 1990er-Jahren führte infolge des globalen Wettbewerbs zu einer weiteren Abschwächung der verarbeitenden Industrie, die noch nie eine sehr bedeutende Rolle für die zypriotische Wirtschaft gespielt hatte. Der Dienstleistungssektor hingegen expandierte und mit ihm wuchs der Anteil ausländischer Arbeitskräfte – nach dem EU-Beitritt Zyperns im Jahre 2004 auch der Arbeitskräfte aus EU-Mitgliedstaaten – an der erwerbstätigen Bevölkerung und gewann zunehmend an Bedeutung. Wenngleich die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den 1990er Jahren und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends weiter zunahm, blieb diese Entwicklung deutlich hinter dem Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen zurück. Dies führte zu einer erheblichen Abnahme des Organisationsgrades insgesamt von ca. 80 Prozent in den 1980er Jahren auf etwa 50 Prozent in den 2010er Jahren. Besonders schwer zu organisieren waren Angestellte im Dienstleistungsbereich, nicht-zypriotische Arbeitskräfte und junge Menschen im Allgemeinen. Obwohl die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt einige Fortschritte erzielen konnten, wurden diese durch die wirtschaftliche Krise behindert. In den 2010er-Jahren trug auch die immer schneller steigende Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse zu einem Rückgang der Organisationsbemühungen bei, da es erheblich schwieriger ist, Arbeitskräfte in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Obwohl die Wurzeln der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften bis in die 1940er-Jahre zurückreichen, spielte die Gewerkschaftsbewegung bis 1974 nur eine untergeordnete Rolle in der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Grund dafür war, dass die wirtschaftspolitische Szene von Rechtsnationalisten

dominiert wurde. Die ethnischen Spannungen und auch der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen, der in den 1950er Jahren begann, hemmten die wirtschaftliche Modernisierung und Entwicklung moderner Institutionen und auch Gewerkschaften. Die de facto Teilung der Insel im Jahr 1974 und die Gründung eines separaten türkisch-zypriotischen politischen Gemeinwesens im Jahr 1975 sind in dieser Hinsicht ein bedeutender Meilenstein. Wenngleich einige der großen Gewerkschaften, wie die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes (KTAMS), die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen (KTÖS) und die Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer_innen (KTOEÖS) sowie einer der Dachverbände, der Türkisch-zypriotische Gewerkschaftsbund (Türk-Sen) bereits vor 1974 gegründet wurden, waren die politischen Gegebenheiten, d. h. das Leben in kleinen, von einer paramilitärischen Struktur geprägten Enklaven, ungünstig für die Entstehung einer klassenzentrierten Gewerkschaftsbewegung. Daher gewann diese auch erst in der vergleichsweise demokratischen Zeit nach 1974 an Dynamik.

In der ersten Zeit nach dem Konflikt gab es nur kleine Produktionsbetriebe im Privatsektor. Der Staat hingegen war der größte Arbeitgeber im Tourismus und in der Fertigungsindustrie, wo die Größe der Betriebe bzw. das Ausmaß ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die gewerkschaftliche Organisation begünstigte. Dank der positiven Grundstimmung der ersten Jahre nach 1974 und inspiriert vom Aufschwung der Linken in der Türkei verabschiedete das Parlament zahlreiche arbeitnehmer_innenfreundliche Gesetze, die die Gewerkschaften (oder zumindest jene des öffentlichen Sektors) stärkten. Infolgedessen gab es 1981 bei einer Gesamtzahl der Beschäftigten von ca. 54 000 ungefähr 20 000 Gewerkschaftsmitglieder. Danach blieb die Mitgliederzahl jedoch lange unverändert und lag im Jahr 2001 noch immer auf dem gleichen Niveau, obwohl die Gesamtbeschäftigungszahl inzwischen auf ca. 90 000 gestiegen war. Im Jahr 2019 waren 25 000 Arbeitnehmer bei einer Gesamtzahl von rund 138 000 Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Republik Zypern

Die allmähliche, aber doch erhebliche Ausweitung des öffentlichen Sektors im weiteren Sinne ermöglichte es dem politisch mitte-rechts angesiedelten SEK, den PEO in Bezug auf Mitgliederzahlen einzuholen, da er einen Großteil der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Verwaltungsbezirke organisieren konnte. Gleichzeitig wurde auch die Panzypriotische Beamten-gewerkschaft (PASYDY), die die Interessen von Beamten_innen vertritt, durch steigende Mitgliederzahlen und ihre Erfolge bei der Aushandlung einer Reihe von Gehaltserhöhungen und Leistungen für ihre Mitglieder gestärkt. PASYDY ist zwar formell neutral, d. h. sie wird keiner bestimmten politischen Partei zugeordnet, die Mehrheit ihrer Mitglieder unterstützt jedoch die Parteien DIKO und DISY, wodurch ihre politische Haltung in der Regel nach rechts tendiert. Zwar gibt es Parteimitglieder und Parteifunktionäre, die im öffentlichen

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Republik Zypern

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία, ΠΕΟ (Panzypriotischer Gewerkschaftsbund, PEO)	Vorsitz: Pampis Kyritsis Stv. Vorsitz: Soteroulla Charalambous	61 529 (2016)	WGB
Συνομοσπονδία Εργαζομένων Κύπρου, ΣΕΚ (Zypriotischer Arbeiterbund, SEK)	Vorsitz: Andreas Matsas Stv. Vorsitz: Michalis Michael	55 813 (2016)	IGB, EGB
Παγκύπρια συνδικαλιστική οργάνωση δημοσίων υπαλλήλων, ΠΑΣΥΔΥ (Panzypriotische Beamtengewerkschaft, PASYDY)	Vorsitz: Stratis Mathaiou Stv. Vorsitz: Antonis Koutsoullis	22 513 (2016)	EGB, EPSU, PSI

Dienst und in PASYDY aktiv sind, doch haben sich hier keine formellen internen Fraktionen gebildet, wie es etwa bei den Gewerkschaften der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen (PO-ED, OELMEK und OLTEK), die respektive den Primär-, Sekundär- und Berufsfachschulbereich repräsentieren, der Fall ist. Die Gewerkschaft der Bankangestellten, ETYK ist PASYDY in zweierlei Hinsicht ähnlich. Erstens ist sie offiziell keiner bestimmten politischen Partei zuzuordnen und zweitens konnte sie von der umfangreichen Expansion des Bankensektors und seiner starken Position auf dem Arbeitsmarkt profitieren und für ihre Mitglieder in den 1980er, 1990er- und 2000er Jahren erhebliche Gehaltserhöhungen, Zusatzleistungen und Vergünstigungen aushandeln.

Die Entstehung weiterer unabhängiger Kleingewerkschaften lag zum einen an der Zunahme irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor im weiteren Sinne, die im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends zu verzeichnen war. Zum anderen gelang es weder PASYDY noch SEK, diesen irregulären Arbeitskräften umfangreichen Schutz zu bieten, auch wenn sie einige Verbesserungen erzielen konnten. Die größten dieser neuen Gewerkschaften – wie zum Beispiel ASDYK, die sich in den 2010er Jahren als zweite allgemeine Gewerkschaft für den öffentlichen Bereich bildete, PASIKY, eine Gewerkschaft für Ärzt_innen in öffentlichen Krankenhäusern, und PASYNO, eine Gewerkschaft für Krankenpflegepersonal in öffentlichen Krankenhäusern – traten alle in Konkurrenz zu PASYDY. Erst in jüngerer Zeit entstand die Gewerkschaft ISOTITA (dt.: Gleichheit), die alle irregulär beschäftigten Arbeitnehmer_innen des öffentlichen und des halböffentlichen Sektors vertritt.

In den 2010er Jahren verzeichneten die großen Gewerkschaften einen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen, blieben jedoch weiterhin die dominanten Akteure, da sich die Gewerkschaftslandschaft insgesamt nicht erheblich verändert hatte.

Die gewerkschaftliche Repräsentation kann je nach Wirtschaftssektor und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich sein. Zwar ist der Organisationsgrad im öffentlichen, staatlichen und kommunalen Sektor sowie im Bankensektor immer noch sehr hoch, doch ist er keineswegs vergleichbar mit früheren Zeiten, als die Mitgliedschaft der regulär beschäftigten Arbeitskräfte in einer Gewerkschaft quasi zum Arbeitsplatz dazu

gehörte. Ausgenommen hiervon sind allerdings Beschäftigte in Spitzenpositionen in der Verwaltung und im Management, Fachkräfte und auch regulär oder projektweise eingesetzte Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen. Weitere Faktoren, die zu Veränderungen bei den Mitgliederzahlen beigetragen haben, sind die Zunahme irregulärer Arbeitsverhältnisse, die auf Zeitverträgen bzw. aufeinander folgenden befristeten Verträgen beruhen und zumeist junge Menschen betreffen, sowie der Austritt einiger Arbeitnehmer_innen und Berufsgruppen aus PASYDY und in geringerem Maße aus dem SEK.

Im privaten Sektor sind die Gewerkschaften vorrangig in Großunternehmen vertreten, während kleinere Unternehmen zumeist keine Gewerkschaftspräsenz haben. Dies gilt sowohl für Hotels und Restaurants als auch für Bauunternehmen, wo Gewerkschaften relativ stark vertreten sind und branchenweite Tarifverträge aushandeln. Allerdings gibt es in diesen beiden Sektoren auch große Arbeitgeber_innen, denen es gelingt, die Gewerkschaften von ihren Unternehmen fernzuhalten. In den vergangenen zehn Jahren haben es Gewerkschaften auch in diesen beiden relativ umfangreichen und äußerst dynamischen Branchen, die gemeinsam mit dem Bankensektor die wichtigsten Treiber der gesamten Wirtschaft sind, nicht leicht gehabt. Der von der Finanzkrise besonders schwer getroffene Bausektor schrumpfte erheblich während der Krisenjahre und hat sich erst jetzt wieder etwas erholt. Der Tourismus war die einzige Branche, die selbst in der Krise noch Wachstum verzeichnete. Aber aufgrund der herrschenden Wirtschaftslage gelang es den Gewerkschaften auch hier nicht, die Beschäftigungsbedingungen aus der Zeit vor der Krise beizubehalten, geschweige denn diese zu verbessern. Allerdings wurden in den letzten Jahren Schritte unternommen, um sowohl Arbeitsbedingungen als auch die gewerkschaftliche Repräsentation zu verbessern.

Im Transportsektor und in der verarbeitenden Industrie ist die Gewerkschaftspräsenz mittelmäßig und es gibt eine Mischung aus Tarifverträgen auf Branchen- und auf Unternehmensebene. Diese gelten zwar nur für einen kleinen Teil der Beschäftigten, werden jedoch auch von einigen nicht gewerkschaftlich organisierten Unternehmen als Referenz herangezogen. Im Einzelhandels- und Dienstleistungssektor waren Gewerkschaften schon immer schlecht vertreten, was

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Republik Zypern

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Συντεχνία Οικοδόμων, Ξυλουργών, μεταλλωρύχων και γενικών εργατών, Οικοδόμοι (Gewerkschaft der Bauarbeiter, Zimmerleute, Bergleute und allgemeinen Arbeiterschaft, Bauleute)	PEO	Vorsitz: Michalis Papanikolaou Stv. Vorsitz: Eftihios Papamichael	11 154 (2016)	UITBB
Συντεχνία Ξενοδοχοϋπαλλήλων και Κέντρων Αναψυχής, ΣΥΞΚΑ (Gewerkschaft der Angestellten in Hotels und Freizeitzentren SYXKA)	PEO	Vorsitz: Lefteris Georgiadis Stv. Vorsitz: Andreas Kombos	11 621 (2016)	TUI-HOTOUR
Ομοσπονδία Σωματείων Ημικρατικών Οργανισμών, ΟΗΟ (Gewerkschaftsverband der halbstaatlichen Organisationen OIO)	SEK	Vorsitz: Andreas Elia Stv. Vorsitz: Ilias Demetriou	ca. 7500	EPSU, PSI
Ομοσπονδία Υπαλλήλων Ξενοδοχείων. Επισιτισμού και Κέντρων Αναψυχής, ΟΥΞΕΚΑ (Verband der Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe und in Freizeitzentren, ΟΙΧΕΚΑ)	SEK	Vorsitz: Miltiadis Miltiadous Stv. Vorsitz: Georgios Karas	ca. 10000	EFFAT, IUF
Ένωση Τραπεζικών Υπαλλήλων Κύπρου, ΕΤΥΚ (Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns, ΕΤΥΚ)	Unabhängig	Vorsitz: Andreas Panagiotou Stv. Vorsitz: Christos Panagides	9341 (2015)	UNI Europa, UNI Global

sich bis heute nicht geändert hat. Tarifverträge sind hier sehr selten zu finden und, falls vorhanden, haben sie über den Betrieb hinaus keine Gültigkeit. Ohne Tarifverträge bleibt Gewerkschaften nur das Arbeitsrecht als Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen und gegebenenfalls ihr Einsatz als Verfechter eines Mindestlohns. Transnationale Unternehmen sind in der Regel seltener gewerkschaftlich organisiert, und zwar aus zwei Gründen: Zum einen wird in bestimmten Sektoren (z. B. in der Fastfood-Branche) eine gewerkschaftsfeindliche Politik betrieben. Zum anderen herrschen hier oft individualistische Ideologien vor, wie beispielsweise in multinationalen Professional-Services-Unternehmen.

Die formelle Definition der EU für »kleine und mittlere Unternehmen« ist für kleine Staaten wie Zypern analytisch betrachtet wenig nützlich, denn die überwiegende Mehrheit aller Unternehmen auf Zypern ist dieser Kategorie zuzuordnen. Dennoch lässt sich folgender Trend erkennen: Die gewerkschaftliche Organisation in kleineren Unternehmen, bei denen es sich oft um Familienbetriebe im weiteren Sinne handelt, ist im Vergleich zu mittelgroßen Unternehmen schwieriger.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Historische und strukturbedingte Faktoren, wie beispielsweise das äußerst geringe Maß an industrieller Produktion und die geringe Größe privater Unternehmen, erschweren die gewerkschaftliche Organisation des privaten Sektors erheblich. Infolgedessen ist der Organisationsgrad im privaten Sektor ä-

berst niedrig. Einer 2014 durchgeführten Untersuchung zufolge gab es in 95 Prozent der Betriebe in Privatbesitz keine Gewerkschaftsmitglieder. Daher ist die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen bzw. halböffentlichen Sektor zu finden. Im Großen und Ganzen ist der Organisationsgrad rückläufig: Während er im Jahr 2004 noch bei 33,7 Prozent lag, betrug er 2019 nur noch 22 Prozent. Eine große Veränderung, die stattgefunden zu haben scheint, deren Folgen jedoch noch abzuwarten bleiben, ist der zu erwartende Rückgang der gewerkschaftlichen Durchdringung am Arbeitsplatz. Das Homeoffice als »neuer Arbeitsplatz« bedeutet mehr Flexibilität und Vereinzelung der Mitarbeiter. Dieser Trend wird voraussichtlich negative Folgen für Gewerkschaften haben – und das nicht nur in Zypern.

Die Gewerkschaftslandschaft im nördlichen Teil Zyperns ist ziemlich fragmentiert. Im Jahr 2019 gab es dem Gewerkschaftsregister zufolge 48 aktive Gewerkschaften. Nach geltendem Recht können sich bereits 20 Personen zur Gründung einer Gewerkschaft zusammenschließen. Gewerkschafter_innen sehen darin eine gezielte Strategie der Politik, mit der die Entwicklung größerer und einflussreicherer Gewerkschaften untergraben werden soll. Arbeitnehmer_innen ziehen es nämlich in der Praxis vor, eine eigene Gewerkschaft zu gründen und zu führen, anstatt sich den größeren, bereits bestehenden Branchengewerkschaften anzuschließen und Ressourcen zu bündeln.

Die Gewerkschaftsszene wird von drei großen Gewerkschaftsverbänden, die sich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor

Tabelle 3

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der TRNZ

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hür İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş (Bund der Freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu (amtierend) Generalsekretär: Ali Yeltekin	4 752	Keine
Kıbrıs Türk İşçi Sendikaları Federasyonu, Türk-Sen (Türkisch-zypriotischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Arslan Bıçaklı Generalsekretär: Tamay Soysan	1 611	IGB, EGB
Devrimci İşçi Sendikaları Federasyonu, Dev-İş (Revolutionärer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Koral Aşam Generalsekretär: Ömer Naşit	1 138	WGB, RETUN-SEE (Regionales Netzwerk der Energie-Gewerkschaften in Südosteuropa)

Tabelle 4

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in der TRNZ

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Kıbrıs Türk Öğretmenler Sendikası, KTÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Emel Tel Generalsekretär: Şener Elcil	2 261	EI, ETUCE
Kıbrıs Türk Orta Eğitim Öğretmenler Sendikası, KTOEÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Tahir Gökçebel Generalsekretär: Selma Eylem	2 516	EI, ETUCE
Kıbrıs Türk Amme Memurları Sendikası, KTAMS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Unabhängig	Vorsitz: Güven Bengihan Generalsekretär: Serman Yiğit	3 593	EPSU, PSI
Kıbrıs Türk Kamu Görevlileri Sendikası, Kamu-Sen (Türkisch-zypriotische BeamtenGewerkschaft)	Unabhängig	Vorsitz: Metin Atan Generalsekretär: Özgür Kıdrışlıoğlu	2 107	keine
Kamu İşçileri Sendikası, Kamu-İş (Türkisch-zypriotische Arbeitergewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Hür-İş	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Devrim Gündüz	2 750	International Eurasian Metal Workers' Federation (IEMF)
Belediye Emekçileri Sendikası (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten)	BES	Vorsitz: Mustafa Yalınkaya Generalsekretär: Ulus Arpalıklı	1 541	

etabliert haben, sowie von mehreren unabhängigen Gewerkschaften in der öffentlichen Verwaltung, im Primär- und Sekundärschulbereich und im Bereich Stadtverwaltungen dominiert.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Republik Zypern

Es gibt keine besonderen unmittelbaren Rechtshindernisse, welche die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften einschränken. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht werden durch die Verfassung und die Ge-

werkschaftsgesetzgebung geschützt. Darüber hinaus hat das relativ neue Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahr 2012 »Über die Anerkennung von Gewerkschaftsorganisationen und das Recht auf Erleichterungen zu Gunsten der Gewerkschaften zum Zweck der Anerkennung als Tarifpartei« die Situation für die Gewerkschaften verbessert. Diesbezüglich wurde ein Verfahren eingeführt, um durch die Verordnung des Gewerkschaftsregisters die Verweigerung der Anerkennung seitens der Arbeitgeber zu überwinden. Früher bestand die einzige Option darin, umfassende Arbeitskämpfmaßnahmen zu ergreifen, um den Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Nicht selten hielten dabei die hohen Kosten und Risiken dieser Aktionen die Gewerkschaften davon ab, derartige Schrit-

te einzuleiten. Nach Maßgabe eines Gesetzes aus dem Jahre 2012 kann mittels des Gewerkschaftsregisters auf Antrag der Gewerkschaft direkt eine Verfügung zur verpflichtenden Anerkennung erlassen werden. Voraussetzung dafür ist, dass in einem Unternehmen mit mehr als 30 Beschäftigten mindestens 50 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich vertreten wird. Repräsentieren die Gewerkschaften mindestens 25 Prozent der Beschäftigten, so kann das Gewerkschaftsregister eine geheime Abstimmung auf dem Betriebsgelände, ohne die Anwesenheit des Arbeitgebers, durchführen. Dabei ist das Ergebnis (ob für oder gegen gewerkschaftliche Vertretung) bei einfacher Stimmenmehrheit gültig, sofern die Wahlbeteiligung mindestens 40 Prozent beträgt. Außerdem erleichtert das Gesetz Gewerkschafter_innen den Zugang zu Arbeitsplätzen und gibt Betriebsrät_innen mehr Zeit zur Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten. Die neuen Befugnisse des Registers wurden bislang nur selten – genau gesagt, erst viermal seit 2012 – genutzt. Doch allein das Bestehen des Gesetzes unterstützt die Organisationsbemühungen sowohl vorhandener als auch neuer Gewerkschaften, da Aktivist_innen bereits im Vorfeld wissen, dass die Anerkennung gewährleistet ist, sofern die festgelegten Quoten erreicht werden.

Alle acht grundlegenden Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. engl. ILO) sowie drei der vier Übereinkommen im Bereich der Steuerung (Governance Conventions) wurden von der Republik Zypern ratifiziert und sind zurzeit in Kraft. Das Übereinkommen über die Arbeitsinspektion (Landwirtschaft) Nr. 129 wurde bislang noch nicht ratifiziert. Von den insgesamt 178 technischen Übereinkommen wurden 46 ratifiziert (abgerufen am 10.03.2021). Zypern hat alles in allem 57 Übereinkommen und vier Protokolle ratifiziert. Davon sind 50 derzeit in Kraft, aber acht Übereinkommen und zwei Protokolle wurden gekündigt. Eines der Instrumente wurde abgeschafft und in den letzten zwölf Monaten sind keine neuen hinzugekommen.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Sowohl das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften als auch das Recht auf Abschluss von Kollektivverträgen und das Streikrecht sind in der türkisch-zypriotischen Verfassung aus dem Jahr 1985 verankert (Artikel 53 und Artikel 54).

Das Gewerkschaftsgesetz wurde 1971 verabschiedet und seit 1974 erfolgten diesbezüglich keine Änderungen. Obwohl es der Aktualisierung bedarf, zeigen sich die Gewerkschaften zögerlich, dafür zu plädieren, denn sie befürchten mögliche negative Auswirkungen einer Änderung. Zu ihren vorrangigen Bedenken zählt dabei die wahrscheinliche Abschaffung des »Check-off Systems«, im Rahmen dessen der Arbeitgeber den Gewerkschaftsbeitrag vom Lohn der Beschäftigten einbehält und direkt an die Gewerkschaft zahlt. Eine solche Abschaffung wird von rechten Politiker_innen immer wieder einmal thematisiert, da sie darin ein Mittel zur Schwächung der Gewerkschaften sehen.

Im öffentlichen Sektor haben Gewerkschaften kaum Probleme, sich zu organisieren. Daher ist es nicht verwunderlich,

dass der Großteil gewerkschaftlich verteilter Arbeitskräfte im öffentlichen bzw. halböffentlichen Sektor zu finden sind. Es sind jedoch in der Regel die Beschäftigten im privaten Sektor, die unter prekären Arbeitsbedingungen zu leiden haben. Dies ist besonders bei zugewanderten Arbeitnehmer_innen der Fall. Wenngleich nur eine begrenzte Zahl der Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation vom türkisch-zypriotischen Parlament ratifiziert wurde, wird das Arbeitsgesetz aus dem Jahre 1992, welches die Arbeitsbeziehungen im privaten Sektor regelt, von Gewerkschaften als angemessen erachtet. Allerdings ist die Durchsetzung dieser Rechtsvorschriften äußerst problematisch. So wurden beispielsweise aus unterschiedlichen Anlässen zahlreiche Arbeitnehmer_innen im privaten Sektor nach ihrem Beitritt zu einer Gewerkschaft entlassen, obwohl dies einen eindeutigen Gesetzesverstoß darstellt. Auch was die Durchsetzung der Rechtsvorschriften bezüglich der Sicherheit am Arbeitsplatz betrifft, bestehen gravierende Mängel. Insbesondere im Bereich des Bausektors kommt es häufig zu tödlichen Unfällen am Arbeitsplatz.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Republik Zypern

Im Südteil Zyperns gibt es faktisch nur zwei Verhandlungsebenen: die Branchenebene und die Betriebs- bzw. Unternehmensebene. Zwischen diesen beiden Ebenen gibt es weder eine inhaltliche Abstimmung noch eine systematische Koordination der Verhandlungen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass einige Manteltarifverträge informell die Weichen für kleinere Tarifvereinbarungen in verschiedenen Branchen stellen und dass der öffentliche Sektor die Richtwerte und Maßstäbe für den privaten Sektor vorgibt. Es gibt keine Verhandlungsstandards auf nationaler Ebene und ebenso wenig auf branchenübergreifender oder regionaler Ebene. Gelegentlich liegen bestimmte Rahmenvereinbarungen vor, die praktisch eine Reihe von Verhandlungszielen für die darauffolgenden Tarifvereinbarungen vorgeben. Diese werden nie im Detail aufgeführt und legen zumeist keine tatsächlichen Beschäftigungsbedingungen fest. Sie können daher nicht als dritte, branchenübergreifende Verhandlungsebene betrachtet werden. Diese auf nationaler Ebene geschlossenen Rahmenvereinbarungen sind nicht als Kollektivverhandlungen zu verstehen, sondern vielmehr als eine Art von Grundsatzklärung und sozialem Dialog.

Auch wenn keine präzisen, umfassenden und aktuellen Daten vorliegen, steht die Tarifbindung in engem Zusammenhang mit dem Organisationsgrad, da praktisch keine anderen Formen von Kollektivvereinbarungen bestehen und keine sonstigen Vertreter_innen bzw. Akteure beteiligt sind. Gelegentlich können jedoch die grundlegenden Bedingungen einer bereits bestehenden Tarifvereinbarung die Gestaltung einzelner Verträge beeinflussen. Das Fehlen von Erweiterungsmechanismen auf Branchenebene sowie einer *Erga-Omnes*-Wirkung auf Unternehmensebene führt zur Konvergenz von Organisationsgrad und Tarifbindung. So geht der insgesamt rückläufige Trend bei der Tarifbindung Hand in Hand mit einem rück-

läufigen Trend des Organisationsgrades. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass der Rückgang des Organisationsgrades von 63,4 Prozent im Jahr 2001 auf 45,2 Prozent im Jahr 2013 im Nachhinein auch zu einer entsprechenden Abnahme des tariflichen Deckungsgrads geführt hat. Der Organisationsgrad liegt in der Republik Zypern über dem EU-Durchschnitt, wohingegen der tarifliche Deckungsgrad darunter liegt.

Insgesamt kann auch auf Zypern der internationale Trend der Dezentralisierung von Kollektivverhandlungen beobachtet werden, der auf Arbeitgeberpräferenzen zurückzuführen ist und die Schwäche der Gewerkschaften im neoliberalen Zeitalter widerspiegelt. Einige Wirtschaftszweige, in denen Kollektivverhandlungen auf Branchenebene geführt wurden, wie beispielsweise Lederverarbeitung, Bekleidung und Schuhe, sind geschrumpft. Andere Branchen des tertiären Sektors, in denen Verhandlungen vorwiegend auf Unternehmensebene stattfinden, haben sich hingegen ausgeweitet. Wenngleich uns keine verlässlichen Daten über einen längeren Zeitraum vorliegen, legen die fragmentierten Hinweise doch nahe, dass die Zahl von Kollektivverträgen und deren Deckungsgrad rückläufig sind. Die Verhandlungen auf Unternehmensebene haben auf Kosten der Branchenebene jedoch zugenommen, was wiederum ein Zeichen für die verstärkte Dezentralisierung ist. In Wirtschaftszweigen, in denen Verhandlungen sowohl auf Branchen- als auch auf Unternehmensebene geführt werden, wie beispielsweise in der Metallindustrie, haben die volatilen Bedingungen der Wirtschaftskrise die Dezentralisierungstendenzen verschärft. Im Bankensektor fand eine Schwerpunktverlagerung der Verhandlungen von der Branchenebene auf die Unternehmensebene statt. Grund dafür war die Auflösung des Arbeitgeberverbands im Jahr 2015, nachdem seine Mitglieder inmitten der Finanzkrise beschlossen hatten, Arbeitsangelegenheiten auf eigene Faust abzuwickeln.

Angesichts einer fragmentierten Erwerbsbevölkerung mit mannigfaltigen Beschäftigungssystemen ist die Macht der Gewerkschaften oft nicht ausreichend, um sich gegen unachgiebige Arbeitgeber durchzusetzen. Daher wird die Abteilung für Arbeitsbeziehungen (Labour Relations Department) des Ministeriums für Arbeit häufig als Schlichtungsstelle im Zusammenhang mit der Einhaltung von Kollektivverträgen kontaktiert und auch zur Auslegung einzelner Bestimmungen befragt. Die Tatsache, dass es sich bei vielen der bestehenden Kollektivverträge um alte Schriftstücke handelt, die beibehalten und überarbeitet werden, hat zu einem komplexen Geflecht von Regeln geführt, die oft falsch verstanden oder ausgelegt werden. Infolgedessen entstehen häufig Arbeitskonflikte aufgrund derartiger Auslegungsfragen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Kernaufgaben zwar einige Erfolge verzeichnen können, ihr Einfluss im letzten Jahrzehnt jedoch abgenommen hat.

In den Jahren nach 2011 verlangsamte sich der soziale Dialog infolge der Wirtschaftskrise. Die ökonomische Notsituation und das nachfolgende Memorandum of Understanding (MoU) zwischen der Republik Zypern und der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds)

ließen nur wenig Spielraum für Gespräche bezüglich der Sozial- und Arbeitspolitik. Eine Beseitigung der dadurch entstandenen Schäden an den Strukturen und Prozessen des Sozialdialogs war auch in den Jahren nach Ablauf des MoU bis zum Jahr 2016 noch nicht ganz gelungen, da die DISY-Regierung häufig einseitig Maßnahmen ergriff, ohne die Sozialpartner einzubeziehen. Einige Fortschritte konnten jedoch 2019 mit dem verhaltenen Wiederaufleben branchenweiter Tarifverhandlungen und des Sozialdialogs erzielt werden. Obwohl die Gewerkschaften im Jahr 2020 pandemiebedingt weniger aktiv waren, gab es mehrere Situationen, in denen das Arbeitsministerium auf Grundlage des Arbeitsgesetzbuches als Vermittler eingeschaltet wurde.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Wie bereits erwähnt, sind Gewerkschaften fast ausschließlich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert, wo es verschiedene Mechanismen für den sozialen Dialog gibt. Einige davon funktionieren relativ gut, andere sind nur dann effektiv, wenn sich die Regierungsseite gewillt zeigt, und wieder andere existieren nur auf dem Papier. In den letzten zehn Jahren konnte eine allgemeine Verschlechterung der Wirksamkeit dieser Mechanismen festgestellt werden. Dies liegt größtenteils an den Wirtschaftsprotokollen, die zwischen der TRNZ und der Türkei vereinbart wurden, und an den darin vorgesehenen Sparmaßnahmen. Vor dem Hintergrund, dass die Regierung nach wie vor die größte Arbeitgeberin ist, werden die Mechanismen des sozialen Dialogs stark durch den Einfluss des Finanzministeriums überschattet – besonders dann, wenn es um die Verhandlung materieller Leistungen zugunsten der Erwerbsbevölkerung geht. Zudem lässt sich sagen, dass die Regierung wenig Bereitschaft zeigt, Maßnahmen zu ergreifen, die ihren Spielraum gegenüber den anderen Sozialpartnern einschränken könnten. Sie neigt daher eher dazu, sich entweder ihrer Verantwortung als wichtiger Akteur im Sozialdialog – unter Verletzung der einschlägigen Rechtsvorschriften – ganz zu entziehen oder die Schritte nicht zu ergreifen, die für die Wirksamkeit dieser Dialogmechanismen erforderlich sind.

Obwohl alle Beschäftigten im öffentlichen Sektor ein Recht auf Kollektivverhandlungen haben, dürfen nicht alle eine Kollektivvereinbarung abschließen. Dies war bislang das Privileg einer kleinen Gruppe, zu der hauptsächlich Arbeiter_innen des öffentlichen und halböffentlichen Sektors gehören. Die Verhandlungspartner der umfassendsten Kollektivvereinbarung sind das Finanzministerium und die Gewerkschaft Kamu-İş in Vertretung von Arbeiter_innen des öffentlichen Sektors. In allen anderen Bereichen sind die Kollektivverhandlungen sehr dezentralisiert und finden ausschließlich auf Betriebsebene statt. Für Angestellte im öffentlichen Sektor gibt es hingegen andere Verhandlungsmechanismen, die als »Protokollgespräche« bezeichnet werden. Diese finden zwischen dem Finanzministerium auf der einen Seite und den zwei Gewerkschaften, die Angestellte im öffentlichen Verwaltungswesen repräsentieren, sowie den Gewerkschaften für Lehrer_innen und für Angestellte im Gesundheitssektor auf der anderen Seite statt. Dieser Mechanismus verliert jedoch zunehmend an Bedeutung. Seit 2007 wurde kein Protokoll mehr

unterzeichnet und seit einigen Jahren hat sich das Finanzministerium nicht einmal die Mühe gemacht, ein Treffen einzuberufen, obwohl dies dem Gesetz nach mindestens einmal im Jahr vorgesehen ist.

Im privaten Sektor sind Kollektivverhandlungen, wie bereits erwähnt, sehr selten. Der einzige Mechanismus des sozialen Dialogs, der für Beschäftigte im Privatsektor bereitsteht, ist die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns. Diese setzt sich aus fünf Vertreter_innen des Arbeitgeberverbands, fünf Vertreter_innen des größten Gewerkschaftsbundes und fünf Regierungsvertreter_innen zusammen. Die Kommission tagt mindestens einmal im Jahr, um den gesetzlichen Mindestlohn festzulegen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Republik Zypern

Die positivste Entwicklung der letzten Jahre ist die Tatsache, dass das Tarifverhandlungssystem die Wirtschaftskrise überstanden hat und die Gewerkschaften trotz der Abnahme ihres Organisationsgrades und ihres Einflusses keine so großen Einbußen verzeichnen mussten, wie es in anderen südeuropäischen Ländern der Fall war. Griechenland stellt hierbei zweifelsohne das negativste Beispiel dar. Dennoch geben der wachsende Anteil von Beschäftigten mit prekären Arbeitsbedingungen, der allgemeine Rückgang des Lebensstandards und die unfreiwillige Unterbeschäftigung weiterhin Grund zu großer Besorgnis.

Es wird immer schwieriger für Gewerkschaften, das bestehende Niveau der Tarifbindung zu erhalten, ganz zu schweigen von einer möglichen Ausweitung der Tarifbindung auf die wachsende Zahl nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer_innen. Diese Situation veranlasste PEO und SEK dazu, sich im Rahmen der Reform des Gewerkschaftsgesetzes im Jahr 2012 um die Durchsetzung einer Bestimmung zu bemühen, die einen Ausweitungsmechanismus für Kollektivverhandlungen vorsah. Dies wurde allerdings auf Arbeitgeberseite blockiert. Die Gewerkschaften verfolgen weiterhin dieses Ziel und setzen ihre Bestrebungen fort, Tarifverträge in ihrer Bedeutung als wichtigstes und rechtlichen Mitteln vorzuziehendes Regulierungsinstrument zu stärken. Im Hotel- und Tourismusgewerbe konnten die Gewerkschaften im Jahr 2020 die Branchentarifvereinbarung verlängern, obwohl von Arbeitgeberseite nach Angaben der Gewerkschaft mehrfach dagegen verstoßen worden war. Betont wird weiterhin von den Gewerkschaften die Notwendigkeit der Einführung eines nationalen Mindestlohns. Damit soll der vorhandene Mindestlohn, der sich nur auf neun Berufsgruppen bezieht, ausgeweitet werden, um so vor allem die Sektoren und Branchen zu erfassen, in denen es keine Tarifverhandlungsverfahren gibt und die daher besonders auf eine Mindestlohnregelung angewiesen sind. Das Parlament stimmte im Jahr 2020 für die Einführung eines Einheitlichen Arbeitsinspektionsdienstes im Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und soziale Absicherung. Der Versuch einer Stärkung der Arbeitsinspektion durch Einrichtung eines Unabhängigen Arbeitsinspektionsdienstes mit

einem breiteren Zuständigkeitsbereich sowie mehr und größeren Befugnissen war nach langen Bemühungen im Jahr 2019 gescheitert, als das Parlament sich mehrheitlich dagegen aussprach.

Es gibt keine zuverlässigen Längsschnittstudien, die das Ansehen verschiedener Parteien, Gewerkschaften und sonstiger sozialer oder beruflicher Gruppen vergleichen. Der Zusammenbruch des Bankensektors und die offensichtliche Prävalenz der Wirtschaftskriminalität, für die bislang noch niemand zur Rechnung gezogen wurde, brachten in Verbindung mit der wirtschaftlichen Rezession und den Sparmaßnahmen des letzten Jahrzehnts alle Institutionen Zyperns in Verruf. Die Hauptlast hatten dabei offensichtlich die Banken und die politischen Parteien zu tragen, doch auch die Gewerkschaften erlitten dadurch in mehrfacher Hinsicht Schaden. Nachdem zahlreiche Mitglieder arbeitslos wurden und damit Beitragszahlungen ausblieben, sahen sie sich gezwungen, die Größe und Kosten ihrer Gewerkschaftsapparate zu reduzieren. Außerdem nahm das Vertrauen in die Gewerkschaften ab, da sie nicht in der Lage waren, ihre Mitglieder angemessen zu schützen, und weiterhin stark an die politischen Parteien gebunden waren, die ausnahmslos Gesetze in Übereinstimmung mit dem Sparkurs der Troika beschlossen. Doch eine ernst zu nehmende Konkurrenz gibt es für die Gewerkschaften bis heute nicht, denn es sind weder nennenswerte alternative Akteure in Erscheinung getreten, die sich für Arbeitnehmerrechte einsetzen, noch gibt es andere Repräsentanten von Arbeitnehmerinteressen.

Abgesehen von der aggressiven Vorgehensweise auf Arbeitgeberseite ist die größte politische Herausforderung, der die Gewerkschaften heute gegenüberstehen, ihr eigener schwindender politischer Einfluss auf Parteien- und Staatsebene. In gesellschaftlicher Hinsicht stellt sich für die Gewerkschaften vor allem das Problem, dass sich ihre Schwächen gezeigt haben und es ihnen daher zunehmend an Überzeugungskraft mangelt, um gegenüber der Öffentlichkeit glaubhaft zu machen, dass sie allgemeine Arbeitnehmerinteressen wahren und insbesondere ihre am meisten gefährdeten Mitglieder schützen können und wollen. Dabei haben sich die Prioritäten der Gewerkschaften nicht geändert. Ihr wichtigstes Ziel ist nach wie vor der Schutz des vorhandenen Arbeitsbeziehungs-systems insgesamt sowie der Institution der Kollektivverhandlungen und -verträge als wichtigster Regulierungsmechanismus des Arbeitsmarktes. Jedoch sind sich PEO und SEK ihres schwindenden Einflusses auf dem Arbeitsmarkt wohl bewusst und setzen sich daher auch für die Institutionalisierung einer Reihe von Mindestlöhnen und Rechten für alle außertariflichen Arbeitnehmer_innen ein.

Auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen liegt die größte Herausforderung der kommenden Jahre darin, die Zukunft der Tarifverträge zu sichern. Wie bereits erwähnt, deuten die rückläufige Tarifgebundenheit, die Zunahme von Vertragsverstößen, Verzögerungen bei Vertragsverlängerungen sowie vereinbarte oder auch einseitig vom Arbeitgeber durchgesetzte negative Veränderungen während der Laufzeit der Verträge bereits heute auf eine Verschlechterung der Situation hin. Im internationalen Vergleich und unter Berücksichtigung der ag-

gressiven Vorgehensweise auf Arbeitgeberseite während der Krisenjahre sind die Einbußen, die die Gewerkschaften hinnehmen mussten, gar nicht so groß, wie man meinen könnte, und die Lage insgesamt ist weniger dramatisch, als zu befürchten stand. Gleiches gilt auch für den Organisationsgrad, der zwar rückläufig ist, aber nur langsam abnimmt und im internationalen Vergleich immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Dies weist darauf hin, dass die Gewerkschaftsbewegung insgesamt in Zypern trotz des Mitgliederschwundes weiterhin von Bedeutung ist.

Sowohl der politische Einfluss als auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften sind im letzten Jahrzehnt zweifelsohne zurückgegangen. Dennoch wurden in den letzten beiden Jahren zunehmend Initiativen gestartet, mit deren Hilfe endlich doch legislative Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes ergriffen werden können. Die drei Hauptziele sind die Umsetzung der »wichtigsten Bestimmungen« der Tarifverträge in Gesetzesform, die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der für alle Arbeitnehmer_innen gilt, auf die die bestehenden Vereinbarungen nicht anwendbar sind, bei gleichzeitiger gesetzlicher Verankerung des in den Tarifverträgen festgelegten Mindestlohns für die entsprechenden Branchen sowie die Einführung von Ausweitungsmechanismen für Tarifverträge. Die Gewerkschaften zeigen sich heute zuversichtlich, dass unter den »Nachkrisen«-Bedingungen hier Erfolge erzielt werden können, und drängen darauf, dass diese Maßnahmen im Rahmen des sozialen Dialogs beschlossen werden.

Auf europäischer und internationaler Ebene sind die zypriotischen Gewerkschaften zwar gut vernetzt, ihr Mitwirken ist jedoch aufgrund der Größe des Landes weder zentral noch von vorrangigem Interesse. Alle drei Hauptgewerkschaften haben internationale Sekretär_innen. Sie nehmen an gemeinsamen Aktionstagen und Kampagnen teil, die auf europäischer bzw. internationaler Ebene organisiert werden, und sie berichten in ihren Medien über internationale Entwicklungen. Dabei ist der PEO wahrscheinlich am stärksten engagiert und orientiert sich am ehesten international. Dies ist in erster Linie auf die Geschichte des Gewerkschaftsverbandes zurückzuführen. Seit den 1990er-Jahren und besonders nach dem Zusammenbruch des Ostblocks befand er sich, als einer der wenigen wichtigen Gewerkschaftsdachverbände der EU und Mitglied des WGB, in einer strukturell bedeutenden Position. Der SEK wiederum ist auf europäischer Ebene am besten vernetzt und regelmäßig an den Verfahren des EGB beteiligt.

Türkische Republik Nordzypern – TRNZ

Allgemein betrachtet unterhalten die linken Gewerkschaften gute Beziehungen zu den Parteien des linken politischen Flügels, wenngleich keine natürlichen Verbindungen zwischen ihnen bestehen. Gleiches gilt zum Großteil für die rechten Gewerkschaften und die Parteien des rechten politischen Flügels. Die Gewerkschaften verstehen sich gut darauf, Massenproteste zu organisieren, welche durchaus Auswirkungen auf gesellschaftliche und politische Belange im weitesten Sinne haben können. So spielten sie beispielsweise eine tra-

gende Rolle bei der Mobilisierung der Bevölkerung zwischen 2002 und 2004, um für die Wiedervereinigung der Insel und den EU-Beitritt zu demonstrieren. Dies stellte eine herausragende Leistung dar, die dauerhafte Auswirkungen auf die politische Szene haben sollte, auch wenn die Wiedervereinigung und die EU-Mitgliedschaft letztendlich aufgrund des Neins der griechisch-zypriotischen Volksgruppe im Rahmen der Volksabstimmung von 2004 nicht verwirklicht werden konnten. Schließlich wurde die Insel doch als Ganzes Teil der EU und die Parteien, die sich für die Wiedervereinigung aussprachen, gelangten erstmals als starke Koalitionspartner an die Macht. Infolgedessen konnten die Kandidat_innen der Parteien der Wiedervereinigungsbewegung in der Zeit zwischen 2005 und 2020 zweimal die Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Dennoch hat die Fähigkeit der Gewerkschaften, eine nachhaltige Wirkung auf die Wirtschaftspolitik zu erzielen, einen historischen Tiefpunkt erreicht. Außerdem lässt sich festhalten, dass diese Fähigkeit aufgrund von Ankaras zunehmender Einflussnahme auf wirtschaftspolitische Entscheidungen im letzten Jahrzehnt noch weiter gelitten hat. Ein deutliches Zeichen dieser Einflussnahme sind die Wirtschaftsprotokolle zwischen der türkischen Regierung und der Regierung der TRNZ. Anfangs gelang es der Gewerkschaftsplattform, welche Gewerkschaften aller politischen Richtungen vereinte, die Öffentlichkeit in den Jahren 2010 und 2011 gegen diese wirtschaftspolitischen Programme zu mobilisieren. Allerdings war sie nicht in der Lage, die Umsetzung der wichtigsten Sparmaßnahmen zu stoppen.

Positiv zu werten ist, dass das Arbeitsministerium, wie bereits in früheren Berichten erwähnt, im Juli 2018 ein System einführte, das Kollektivverhandlungen und die gewerkschaftliche Organisation in privaten Medieneinrichtungen fördert. Im Prinzip gewährt dieses System jenen Medienunternehmen, von denen ein Kollektivvertrag unterzeichnet wird, befristete finanzielle Anreize. So werden über einen Zeitraum von 36 Monaten die Sozialversicherungs- und Vorsorgebeiträge der tarifgebundenen Mitarbeiter_innen vom Staat gezahlt. Die Finanzierung dieses Systems erfolgt aus einem anderen Programm, welches darauf ausgerichtet ist, die Beschäftigung türkisch-zypriotischer Staatsbürger_innen im privaten Sektor zu fördern. Es umfasst daher keine Arbeitnehmer_innen, die nicht über die Staatsbürgerschaft der TRNZ verfügen. Dank dieses Systems wurden Kollektivverträge mit mehreren großen Medienunternehmen unterzeichnet, darunter auch Kibris, der größten privaten Medienanstalt im Nordteil Zyperns. Im Februar 2019 wurden Vorbereitungen zur Ausweitung des Systems auf andere Sektoren abgeschlossen und ein entsprechender Gesetzentwurf wurde öffentlich bekanntgegeben. Doch nach dem Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition, in der zwei linksgerichtete Parteien – die Republikanisch-Türkische Partei (CTP) und die Sozialdemokratische Partei (TDP) – das Amt des Premierministers und das Arbeitsministerium kontrollierten, wurde der Entwurf schließlich zu den Akten gelegt. Das relative politische Gewicht der Gewerkschaften wurde nach der Machtübernahme durch die derzeitige Minderheitsregierung, die aus drei Parteien des rechten Spektrums besteht, weiter geschwächt.

Um das öffentliche Ansehen von Gewerkschafter_innen ist es nicht sehr gut bestellt. So gaben in einer Untersuchung aus jüngster Zeit ca. 36 Prozent der Befragten an, dass sie Gewerkschaftsfunktionäre für korrupt hielten. Damit liegen diese zwar etwas unter den Berufsgruppen mit den schlechtesten Ergebnissen – hochrangige Staatsbedienstete (43 Prozent) sowie Führungskräfte und gewählte Amtsträger_innen (40 Prozent) –, aber doch deutlich über den Berufsgruppen mit den besten Ergebnissen, nämlich Richter_innen (26 Prozent) und Polizist_innen (29 Prozent).

Hubert Faustmann, Professor für Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Nikosia und Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zypern

Gianna Chatzigeorgiou, Soziologin MA

Sertac Sonan, Associate Professor an der Cyprus International University

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.